

Raus aus der „Agenda“-Sackgasse!

Sozialdemokratische Alternativen für Innovation und soziale Gerechtigkeit

Von Urs Tabbert und Sönke Klages

Seit Beginn der öffentlichen Debatte über die Agenda 2010 befindet sich die SPD in der öffentlichen Zustimmung quasi im freien Fall. Weit entfernt von den 38,5 % der letzten Bundestagswahl liegt die Partei in bundesweiten Umfragen bereits seit Monaten bei zum Teil unter 25 Prozent.

Damit einher geht ein dramatischer Mitgliederschwund. Im ersten Quartal dieses Jahres haben uns ungefähr halb so viele Genossinnen und Genossen den Rücken gekehrt wie im gesamten letzten Jahr als die SPD 6,2 Prozent ihrer Mitglieder, ungefähr 42.000 (!), verloren hat – circa 38.500 durch Austritte.

Doch die Parole unserer Führung lautet immer noch: „Weiter so. Wir haben Recht, die Menschen verstehen es nur nicht.“ Diese Sturheit ist kein Ausdruck von Standfestigkeit, sondern von Hilflosigkeit.

Schritte aus der Krise statt Kopf in den Sand

Warum stößt die momentane Politik der Bundesregierung auf derart viel Widerstand, obwohl die Reformen doch angeblich „alternativlos“ sind und auch die Opposition nicht mit überzeugenden Konzepten aufwarten kann? Es ist höchste Zeit, ernsthaft und selbstkritisch in eine Analyse der Ursachen einzusteigen und daraus rasch die Konsequenzen zu ziehen. Denn spätestens eine Niederlage bei den Landtagswahlen in NRW und eine damit einhergehende 2/3-Mehrheit der CDU im Bundesrat wird die Bundesregierung quasi handlungsunfähig machen. Für Konsequenzen einer SPD-geführten Regierung ist es dann zu spät.

Zwei Hauptursachen der Krise

Zwei Hauptursachen für das anhaltende Tief der SPD liegen auf der Hand. Bei beiden handelt es sich nicht nur um inhaltliche, sondern auch um Glaubwürdigkeitsprobleme:

1. Die Politik der Bundesregierung hat nach fast sechs Jahren nicht zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit geführt. Genau daran wollte sich Gerhard Schröder jedoch messen lassen.

Wir haben mittlerweile den Beleg, dass die massiven Steuerentlastungen in



zweistelliger Milliardenhöhe, insbesondere für Großkonzerne, nicht dazu geführt haben, dass mehr Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen wurden. Vielmehr wurde das gewonnene private Kapital oftmals im Ausland investiert. Auch die neoliberale Glaubensformel „Steuersenkungen refinanzieren sich durch Wirtschaftswachstum“ ging nachweislich nicht auf.

Auf der anderen Seite hat sich die Bundesregierung dadurch in ihren Handlungsmöglichkeiten erheblich eingeschränkt. Bei einem Haushaltsdefizit deutlich über den Maastricht-Kriterien bleibt kaum Handlungsspielraum für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen in Forschung, Bildung und öffentliche Infrastruktur. Ein Großteil der Steuerausfälle traf die Kommunen, die – oftmals am Rande des finanziellen Kollapses – keine Mittel mehr für Investitionen in die lokale Infrastruktur haben, worunter wiederum mittelständische Unternehmen und das Handwerk leiden, da immer mehr öffentliche Aufträge wegfallen. Die Kommunen selbst müssen Personal abbauen, worunter die soziale Infrastruktur (Schwimmbäder, Bücherhallen etc.) leidet.

Auch ist nicht recht erkennbar, wie „Hartz IV“ mehr Jobs schaffen soll. Zwar ist es richtig, die Arbeitsvermittlung zu verbessern, jedoch wird dies allein die Arbeitslosenzahl nicht wesentlich reduzieren und keine neuen Arbeitsplätze schaffen – höchstens Billigjobs, die bestehende tarifliche Arbeitsplätze noch zusätzlich zu verdrängen drohen.

2. Die Agenda 2010, besonders „Hartz IV“, werden vom Wählerpotenzial der SPD zu großen Teilen als sozial unausgewogen empfunden. Uns droht der dauerhafte Verlust unseres „Markenzeichens“ „Soziale Gerechtigkeit“: Zwei Drittel der Menschen verbinden damit nicht mehr die SPD.

Viele Menschen erkennen eben doch gerechtere Alternativen zu den Reformkonzepten der Bundesregierung. Alternativen, die die Lasten derart verteilen, dass die starken Schultern entsprechend ihren Fähigkeiten mehr zu tragen haben als die schwachen.

Wenn der Bundeskanzler die Einsparungen bei Arbeitslosen im Zuge von „Hartz IV“ als gerecht bezeichnet, da das steuerfinanzierte Arbeitslosengeld II zu einem großen Teil von Verkäuferinnen und Krankenschwestern finanziert werde, dann kommt vermutlich nicht nur uns der Gedanke, ob es gerecht ist, dass überwiegend Verkäuferinnen und Krankenschwestern die Last des Sozialstaats tragen sollen, während die beschlossene Absenkung des Spitzensteuersatzes auf nur noch 42% (bei gleichzeitiger Beibehaltung der bestehenden Steuerschlupflöcher) im Gesamtvolumen Besserverdienende ungefähr genauso stark entlastet, wie „Hartz IV“ dem Bundeshaushalt an Einsparungen bringen soll.

Mut zu Konsequenzen statt „weiter so“

Der Ausweg aus der desolaten Lage der Partei muss aus unserer Sicht mit dem

Eingeständnis beginnen, dass Steuersenkungen und der Abbau von Sozialleistungen nicht zu einer Lösung des Arbeitslosenproblems geführt haben und führen werden.

Denn gerade in ihrer Kombination – steuerliche Entlastungen einerseits, neue Belastungen durch private Vorsorgeaufwendungen andererseits – haben sie nicht zu einer Belebung der äußerst schwachen Binnennachfrage geführt, die aber die wichtigste Voraussetzung für Wachstum, Investitionen und damit neue Arbeitsplätze darstellen würde. Dies wird noch verstärkt durch die immer deutlichere Tendenz zur Absenkung der Reallöhne auf breiter Front und durch eine staatliche Niedriglohnpolitik.

Obwohl das Bruttoinlandsprodukt in den letzten Jahren, wenn auch nur schwach, gestiegen ist, stellt sich die Frage, warum die Nachfrage nicht auch gleichzeitig in einem Maße gestiegen ist, dass insgesamt mehr Arbeitsplätze entstehen? Als Ursachen hierfür wird überwiegend angeführt, dass viele Menschen in Zeiten, in denen die Furcht vor Arbeitslosigkeit und mangelnder sozialer Absicherung grassiert, dazu neigen weniger Geld auszugeben.

Weiterhin entscheidend ist wohl auch, dass die gesellschaftliche Umverteilung des Reichtums von unten nach oben (trotz schwacher Konjunktur und Massenarbeitslosigkeit ist in den vergangenen Jahren die Zahl der Millionäre weiter – auf circa 756 000 – gestiegen), meist dazu geführt hat, dass das Geld in geringerem Umfang wieder in den Wirtschaftskreislauf eingespeist und reinvestiert werden konnte. Wenn jemand nur 1000 € verdient ist es wahrscheinlicher, dass er Einkommenszuwächse ausgibt, als jemand der das zehnfache verdient.

Alternative 1: Aktive Beschäftigungspolitik durch öffentliche Investitionen

Entgegen weitverbreiteter Skepsis können staatliche Investitionsprogramme sehr wohl geeignet sein, Nachfrage und Beschäftigung im Inland zu erzeugen – wenn sie gezielt auf bestimmte Aufgaben und vor allem auf Klein- und Mittelbetriebe konzentriert werden.

Dies sollte geschehen durch:

- Programme zum ökologischen Umbau der Energie- und Verkehrsinfrastruktur (wozu der Genosse Hermann Scheer vor

zwei Jahren ein ausgearbeitetes Programm vorgelegt hat)

- eine Stärkung der Kommunen, damit diese ihre soziale und bauliche Infrastruktur sanieren und ausbauen können; dies würde auch endlich die Auftragslage von (weitgehend regionalem) Handwerk und Baugewerbe verbessern
- einen Ausbau öffentlicher Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Kultur, Gesundheit und Pflege

Bürgerversicherung bietet für die SPD die Chance, gleich mehrere der vorgenannten Probleme anzugehen, die zum augenblicklichen Tief der Partei beigetragen haben. Im Idealfall kann die Bürgerversicherung nämlich folgendes leisten:

- Absenkung der arbeitseinkommenbezogenen Beiträge zur Sozialversicherung durch stärkere Belastung von Kapitaleinkommen
- sozialen Ausgleich dadurch, dass Bes-



Alternative 2: Sanierung der Staatsfinanzen durch neue Steuerpolitik

Investitionen kosten Geld, deshalb lautet die Frage natürlich: woher soll es kommen? Jenseits der Debatte um die Sinnhaftigkeit von zeitlich begrenzter Kreditaufnahme geht es v.a. um eine radikale Modernisierung der Steuerpolitik, die drei Ziele kombiniert: erstens Vereinfachung des Steuerrechts durch die Reduzierung von Privilegien und Schlupflöchern, was zweitens die Verhinderung von Steuerflucht und -hinterziehung vereinfachen würde und drittens die Erzielung höherer Staatseinnahmen durch die wieder stärkere Heranziehung von Gewinnen, hohen Einkommen und Vermögen.

Sowohl die Schleswig-Holsteinische Landesregierung, als auch die Gewerkschaft ver.di haben hierfür ausgearbeitete Konzepte vorgelegt.

Alternative 3: Modernisierung des Sozialstaats durch die Bürgerversicherung

Die augenblickliche Debatte um die

serverdienende mehr als bisher in die Krankenversicherung einbezahlen

- Sicherung und Erhöhung der Qualität medizinischer Leistungen
- Schaffung von mehr Arbeitsplätzen im Gesundheitssektor

Wie dies im Einzelnen geschehen soll ist eine Frage der politisch-praktischen Umsetzung. Letztlich könnte eine Verbesserung der Einnahmeseite von Krankenversicherungen durch eine zweite Beitragsbemessungsgrenze für Kapitaleinkünfte erzeugt werden oder durch zusätzliche Steuereinnahmen aus Kapitaleinkünften. Entscheidend ist, dass möglichst alle vorgenannten Potenziale der Bürgerversicherung realisiert werden.

Sämtliche Alternativen zusammen bergen die Chance, dass die SPD in der öffentlichen Meinung tatsächlich wieder als Partei für Innovation und Soziale Gerechtigkeit wahrgenommen wird. Es liegt an uns: Haben wir den Mut, die Sackgasse zu verlassen und einen neuen Weg für gerechte und ökonomisch wirksame Reformen einzuschlagen? Wir sollten es wagen, denn ansonsten werden wir vielleicht lange Zeit keine Gelegenheit mehr dazu haben!